

bürokratie. Eine wesentliche Rolle spielt auch die geistige Manipulierung. Die Desorientierung der Volksmassen bezweckt auch, diese zur Unterstützung der Expansion bereit zu machen, die Inhalt der Außenpolitik der Ausbeuterstaaten ist. Die I. des sozialistischen Staates wird von der Tatsache bestimmt, daß sie Teil der Politik der herrschenden Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Klassen und Schichten ist und von Vertretern dieser Klassen und Schichten im Interesse des ganzen Volkes betrieben wird. Ziel der sozialistischen I. ist es, immer mehr Werktätige für die schöpferische, bewußte und aktive Mitwirkung an der Leitung des Staates, der Wirtschaft und der Kultur zu gewinnen und ihnen imbeschränkte Möglichkeiten dafür zu bieten. Aufgabe der I. der DDR ist es, die Produktivkräfte allseitig zu entwickeln, die Wissenschaft als Produktivkraft der modernen sozialistischen Gesellschaft planmäßig und vorrangig L.Z.U. fördern, das sozialistische Erziehungs- und Bildungssystem und die sozialistische Kulturrevolution insgesamt zu verwirklichen, das friedliche Leben des Volkes und seine sozialistischen Er rungenschaften, seine Sicherheit und Souveränität zuverlässig zu schützen, die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes planmäßig zu verbessern, die Einhaltung der Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens durch alle Bürger zu gewährleisten und Rechtsverletzer zur Beachtung der Normen sozialistischen Verhaltens zu veranlassen.

„innere Staatsreform“: in der westdeutschen Bundesrepublik vorbereitetes und z. T. bereits verwirklichtes System staatsrechtlicher Maßnahmen zum offenen Abbau der Demokratie und zur

Errichtung der → *formierten Herrschaft* des Monopolkapitals. Hauptprojekte der „i. S.“ sind: die durch insgesamt 84 Grundgesetzänderungen entstehende → *Notstandsverfassung* mit den geheimen ■ Notverordnungen als Kernstück der „i. S.“; das Wirtschaftsermächtigungsgesetz (Stabilisierungsgesetz vom 8.6.1967), das die Regierung ermächtigt, mit beträchtlichen Mitteln der Länder und Gemeinden die Profite der Monopole und die Rüstungsausgaben zu sichern und das die Finanzhoheit der Länder und Gemeinden weitgehend einschränkt; die „mittelfristige Finanzplanung“ und die „Finanzreform“, die eine Reform der Haushaltsrechte und eine Gemeindefinanzreform einschließt, die kommunale Selbstverwaltung beseitigen soll und einen entscheidenden Schritt zur Umgestaltung des föderativen Bonner Staats in ein zentralisiertes diktatorisch-bürokratisches Regime bedeutet; das antidemokratische Parteiengesetz vom 24. 7. 1967, das die Parteien faktisch unter Staatsaufsicht stellt, sie der Politik der Monopole unterordnet und mit dieser gleichschaltet und so in Formierungsinstrumente des Finanzkapitals gegenüber den Klassen und Schichten verwandelt, auf die sie Einfluß haben. Mit Hilfe der so entstehenden Parteienoligarchie soll die politisch-ideologische Integration aller Volksschichten in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem vollzogen werden; des weiteren eine Wahlrechtsreform, die dem Monopolkapital die Alleinherrschaft der CDU/CSU sichern und das Entstehen einer echten parlamentarischen Opposition verhindern soll; eine Justiz- und Strafrechtsreform mit einer Verschärfung des politischen Strafrechts, die das staatsmonopolisti-